

Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1967

A. Geschäftsverteilung

I. Zivilsenate

Dem I a Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht nebst Verträgen hierüber;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus Verträgen über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder über die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet der Arbeitnehmererfindungen;
4. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit sie nicht dem I b Zivilsenat zugewiesen sind;
5. die Patentnichtigkeitsachen, Zwangslizenzsachen und Patentrücknahmesachen;
6. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Patent- und Gebrauchsmustersachen;
7. die Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz) einschließlich von Schadensersatzansprüchen;
8. die Entscheidungen nach § 7 Abs. 2 LwVG (kraft Gesetzes).

Dem I b Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Urheberrecht, Verlagsrecht und das Geschmacksmusterrecht;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, soweit sie nicht dem I a Zivilsenat zugewiesen sind, insbesondere die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Warenzeichen,
 - b) Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
 - c) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr handelt;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit es sich um Streitigkeiten über den Sortennamen handelt;
4. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Warenzeichen- und Geschmacksmustersachen;
5. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschließlich der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht (einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,
 - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere;
6. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befaßt sind (wie z. B. Bausparkassen, Teilzahlungsinstitute und ähnliche);
7. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
8. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d);
9. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO;
10. alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;
11. die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen läßt.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

1. a) die Seesachen (HGB §§ 474 ff nebst SeemannsO, SeemannsG und StrandungsO § 44),
b) die Rechtsstreitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flößerei (einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit Nichtschiffen),
c) die Rechtsstreitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschließlich von Rückversicherungen) wegen Wasser- (See- oder Fluß-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport,
d) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken sowie über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke,
e) die Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff);
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
 - b) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 ff);
3. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 ff) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 ff),
 - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluß der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,
 - c) Firmenrecht (HGB §§ 17 ff), soweit nicht der I b Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c);
4. die Rechtsstreitigkeiten über Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;
5. die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse;
6. die Entscheidungen im Falle des § 28 FGG,
 - a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispaten handelt,
 - b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Schadensersatzansprüche
 - aa) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten auf Grund des Dienstverhältnisses,
 - bb) gegen Beamte aus § 839 BGB, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 i),
 - cc) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts auf Grund des Art. 131 WRV und des Art. 34 GG,
 - dd) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen,
 - b) die Ansprüche von Beamten, Richtern und Soldaten sowie ihren Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit noch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte begründet ist;

2. die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
 - aa) Enteignung und enteignungsgleichen Eingriffs,
 - bb) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
 - cc) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freiheitsentzug im Wiederaufnahmeverfahren,
 - b) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung sowie Schadensersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (VwGO § 40 Abs. 2 Satz 1),
 - c) Ansprüche aus der Menschenrechtskonvention;
3. die Entscheidungen über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953 und des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960;
4. Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen, soweit nicht der IV. Zivilsenat (Nr. 1 c) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 f) zuständig ist;
5. Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist, sowie Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Nießbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Darlehen (BGB §§ 607 ff) oder abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780 — 808 a), soweit nicht der I b Zivilsenat (Nr. 5 c) oder der II. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist;
7. die Entscheidungen nach § 109 BRAO (auch in Verbindung mit § 108 BNotO), § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, § 56 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes und § 93 Abs. 2 der Patentanwaltsordnung;
8. die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG;
9. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es nicht ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht der I b Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c), einschließlich Entmündigungen und Todeserklärungen,
 - b) Familienrecht,
 - c) die erbrechtlichen Wirkungen der Zugewinnngemeinschaft (BGB § 1371 nF);
2. die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechtssachen handelt;
3. die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs. 3 ZPO;
4. die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungssachen zusammenhängen;
5. die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) und des Bundesgesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes;
6. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind.

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschließlich Vorkaufs und Wiederkaufs),
 - b) Landpachtverträge (LandpachtG v. 25. Juni 1952 § 1),
 - c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluß

von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 — 916, 919 — 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,

- d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903 — 910, GewO § 26),
 - f) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
 - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (ZVG § 81),
 - h) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschließlich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschließlich der Deich- und Siedlungsrechtssachen (EGBGB Art. 66),
 - i) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
 - k) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber,
 - l) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art. 132, 133),
 - m) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art. 59);
3. die Entscheidungen in den Fällen
- a) des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht,
 - b) des § 79 GBO,
 - c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechtes vom 28. Dezember 1950.

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

1. Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit nicht der III. Zivilsenat (III 1 a) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 c, i und k) zuständig ist, Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind, sowie Ansprüche aus dem Recht am eigenen Bild (§ 22 ff des KunstUrhG vom 9. Januar 1907);
2. Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Luftfahrzeug, ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der zur Zuständigkeit des I b Zivilsenats (Nr. 7) gehörenden Frachtverträge über Güter;
3. Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. ZPO § 302 Abs. 4, §§ 717, 945), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
4. Dienstverhältnisse, soweit nicht der I a Zivilsenat (Nr. 7), der II. Zivilsenat (Nr. 3 b) oder der VII. Zivilsenat (Nr. 1 b und 2) zuständig ist;
5. Schadensersatzansprüche gegen Rechtsanwälte und Notare.

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Werkverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (Nr. 1 und 2) zuständig ist,
 - b) Dienstverhältnisse der Architekten und anderer bei Bauten beschäftigter Personen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662—676) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677—687), soweit nicht der I b Zivilsenat (Nr. 6) zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmäßig erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird;
4. die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff, § 274 Abs. 2 Nr. 3);
5. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff);

6. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 6), der III. Zivilsenat (Nr. 9), der IV. Zivilsenat (Nr. 2), der V. Zivilsenat (Nr. 3 a) oder der VIII. Zivilsenat (Nr. 4) zuständig ist.

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der I b Zivilsenat (Nr. 5 a), der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d und g) zuständig ist,
 - b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 b) zuständig ist,
 - c) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht der I b Zivilsenat (Nr. 5 c), der II. Zivilsenat (Nr. 1), der III. Zivilsenat (Nr. 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist,
 - d) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit maßgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet,
 - e) die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschließlich der Handelsmakler (HGB §§ 93 ff) sowie über Ansprüche aus § 354 HGB;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809 — 811), soweit nicht der I b Zivilsenat (Nr. 5 b) oder der II. Zivilsenat (Nr. 1) zuständig ist,
 - b) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht der I b Zivilsenat (Nr. 5 b), der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d) zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschließlich der Klagen auf Erlaß des Vollstreckungsurteils und mit Einschluß von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluß der §§ 767 — 769 ZPO),
 - b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 1 a) zuständig ist,
 - c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und außerhalb des Konkurses (KO §§ 29 ff, 196; AnfechtungsG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird;
4. die Entscheidungen nach § 47 Abs. 2 MSchG i. V. m. § 28 Abs. 2 und 3 FGG.

II. Strafsenate

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, Koblenz, München, Nürnberg und Stuttgart;
2. die Revisionen in Militärstrafsachen (zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes vom 30. März 1957, BGBl I 298);
3. die Revisionen in Strafsachen wegen Vergehen des 5 a. Abschnitts, Zweiter Teil des Strafgesetzbuchs, soweit nicht der 3. Strafsenat dafür zuständig ist.

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Frankfurt am Main, Köln, Saarbrücken und Zweibrücken sowie der Landgerichte Wuppertal und Düsseldorf aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3 a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 ZuständigkeitsergänzungsG vom 7. August 1952, BGBl III 310—1, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den in § 134 GVG bezeichneten Strafsachen aus allen Oberlandesgerichtsbezirken einschließlich des Bezirks des Kammergerichts;
2. die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern aus allen Oberlandesgerichtsbezirken, für den Bezirk des Kammergerichts jedoch nur insoweit, als sie nicht Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234 a, 241 a StGB; Berliner Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl 417) betreffen;
3. a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit es sich um die durch §§ 74 a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugenderschöffengerichte handelt,
- b) die Entscheidungen nach § 153 c StPO.

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm sowie der Landgerichte Kleve und Mönchengladbach aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf;
2. die Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschließlich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn);
3. die Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig sowie der Landgerichte Duisburg und Krefeld aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf;
2. die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern des Bezirks des Kammergerichts, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a) betreffen;
3. die Revisionen in Strafsachen gegen Entscheidungen aller Gerichte, wenn es sich um die Anwendung des Berliner Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl 417, handelt;
4. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder von den Vollzugsbehörden im Vollzug der Freiheitsstrafen, der Maßregeln der Sicherung und Besserung, des Jugendarrests und der Untersuchungshaft getroffen sind.

III. Große Senate

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senates für Zivilsachen, des Großen Senates für Strafsachen und der Vereinigten Großen Senate ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Deutschen Richtergesetz, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung, der Wirtschaftsprüferordnung und dem Steuerberatungsgesetz.

IV. Kartellsenat

(nachrichtlich)

Der Kartellsenat ist kraft Gesetzes für die Entscheidungen über die in § 95 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Rechtsmittel zuständig.

V. Dienstgericht des Bundes

(nachrichtlich)

Das Dienstgericht des Bundes ist kraft Gesetzes in denjenigen Angelegenheiten von Richtern, Mitgliedern des Bundesrechnungshofes, Staatsanwälten sowie Bundes- und Landesanwälten zuständig, die ihm durch das Deutsche Richtergesetz übertragen sind.

VI. Senat für Notarsachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Notarsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesnotarordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 108 Abs. 2 BNotO i. V. m. § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VII. Senat für Anwaltssachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VIII. Senat für Patentanwaltssachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Patentanwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Patentanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 93 Abs. 2 Patentanwaltsordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

IX. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Wirtschaftsprüfersachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Wirtschaftsprüferordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

X. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in dem Steuerberatungsgesetz dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 56 Abs. 2 Steuerberatungsgesetz, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

Schlußbestimmungen zur Geschäftsverteilung

- I. Erachtet ein Senat vor Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzumutbar erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.
- II. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus

einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

- III. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
- IV. 1. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952 ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
2. Für Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche ist derjenige Senat zuständig, dem das Rechtsgebiet zugewiesen ist, auf das sich der Vergleich bezieht.
- V. Rechtsbeschwerden nach § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.
- VI. Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.
- VII. Betrifft in einer Vorlegungssache die zur Entscheidung gestellte Rechtsfrage ein Rechtsgebiet, das zur Zuständigkeit eines bestimmten Strafsenats gehört, so ist dieser Senat für die Entscheidung über die Vorlegungssache zuständig, gleichgültig, ob sich die Vorlegung auf § 120 Abs. 3 GVG oder auf § 121 Abs. 2 GVG stützt.
- VIII. Bei den Senaten anhängige, von Änderungen des Geschäftsverteilungsplans betroffene Sachen gehen auf den nunmehr zuständigen Senat über, es sei denn, daß bis zum 7. Dezember 1966 Termin bestimmt ist.

B. Besetzung der Senate

(Stand vom 1. Januar 1967)

I. Zivilsenate

I a Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Nastelski	(stellv. Vorsitzender, außerdem Senat für Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Bock	
Bundesrichter	Dr. Spreng	(in erster Linie KS) (in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem Senat für Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Löscher	
Bundesrichter	Dr. Spengler	

Bundesrichter	Claßen
Bundesrichter	Schneider

I b Zivilsenat

Senatspräsidentin	Dr. Krüger-Nieland	(stellv. Vorsitzender, in erster Linie KS)
Bundesrichter	Jungbluth	

Bundesrichter	Pehle	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Dr. Sprenkmann	
Bundesrichter	Dr. Mösl	
Bundesrichter	Alff	
Bundesrichter	Dr. Simon	

II. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Fischer, Robert	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Kuhn	(stellv. Vorsitzender, außerdem KS u. Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Nörr	

Bundesrichter	Liesecke
Bundesrichter	Dr. Bukow
Bundesrichter	Dr. Schulze
Bundesrichter	Fleck
Bundesrichter	Stimpel

III. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Pagendarm	(außerdem Senat für Notarsachen)
Bundesrichter	Dr. Kreft	(stellv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Arndt	(außerdem Senat für Notarsachen u. Senat f. Anwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Beyer	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Hußla	

Bundesrichter	Gähtgens
Bundesrichter	Keßler
Bundesrichter	Dr. Reinhardt

IV. Zivilsenat

Senatspräsident	Ascher	(stellv. Vorsitzender) (außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Raske	
Bundesrichter	Johannsen	

Bundesrichter	Wüstenberg
Bundesrichter	Maaß
Bundesrichter	Wilden
Bundesrichter	Dr. Loewenheim
Bundesrichter	Dr. Graf
Bundesrichter	von der Mühlen

V. Zivilsenat		
Senatspräsident	Dr. Augustin	(außerdem Dienstgericht des Bundes) (stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Piepenbrock	
Bundesrichter	Dr. Rothe	
Bundesrichter	Dr. Freitag	
Bundesrichter	Dr. Mattern	
Bundesrichter	Hill	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Offteding	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Dr. Grell	
VI. Zivilsenat		
Senatspräsident	Dr. Engels	
Bundesrichter	Hanebeck	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Bode	
Bundesrichter	Dr. Hauß	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Meyer, Heinrich	
Bundesrichter	Dr. Pfrezschner	
Bundesrichter	Dr. Nüßgens	
VII. Zivilsenat		
Vizepräsident des Bundesgerichtshofes	Glanzmann	(außerdem Senat für Notarsachen, Senat für Anwaltssachen und Senat für Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Heimann-Trosien	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Rietschel	
Bundesrichter	Erbel	
Bundesrichter	Meyer, Hubert	
Bundesrichter	Dr. Vogt	(in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem Senat für Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Finke	
VIII. Zivilsenat		
Senatspräsident	Dr. Haidinger	
Bundesrichter	Dr. Gelhaar	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Artl	
Bundesrichter	Dr. Mezger	
Bundesrichter	Dr. Messner	
Bundesrichter	Dr. Weber	(außerdem Kartellsenat)
Bundesrichter	Mormann	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Braxmaier	
II. Strafsenate		
1. Strafsenat		
Senatspräsident	Dr. Hübner	
Bundesrichter	Dr. Seibert	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Fischer, Friedrich	
Bundesrichter	Loesdau	
Bundesrichter	Mai	
Bundesrichter	Pikart	
Bundesrichter	Dr. Pfeiffer	
2. Strafsenat		
Senatspräsident	Dr. Baldus	(außerdem Dienstgericht des Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dr. Willms	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Kirchhof	(in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem Senat f. Notarsachen, Senat f. Patentanwaltssachen, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Meyer, Gerd	(außerdem Dienstgericht d. Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)

Bundesrichter	Henning	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- und Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dr. Müller	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- und Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Baumgarten	
3. Strafsenat		
Senatspräsident	Scharpenseel	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Hengsberger	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Wiefels	
Bundesrichter	Börtzler	(in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerd. Senat f. Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Mayer, Albrecht	
Bundesrichter	Dr. Rindk	
4. Strafsenat		
Senatspräsident	Dr. Rotberg	
Bundesrichter	Dr. Sanders	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Flitner	
Bundesrichter	Mayr, Christian	
Bundesrichter	Dr. Dr. Spiegel	
Bundesrichter	Hürxthal	
5. (Berliner) Strafsenat		
Senatspräsident	Prof. Dr. Sarstedt	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichterin	Dr. Koffka	(stellv. Vorsitzende)
Bundesrichter	Schmidt, Adolf	
Bundesrichter	Siemer	
Bundesrichter	Schmitt, Rudolf	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Börker	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Kersting	

III. Große Senate

Besetzung für die Geschäftsjahre 1967 und 1968

Zivilsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes): Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Dr. Heusinger

Stellvertretender Vorsitzender (kraft Gesetzes): Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann

Mitglieder

Vertreter

Senatspräsidentin	Bundesrichter Jungbluth
Dr. Krüger-Nieland (Ib ZS)	(KS u. Ib ZS)
Senatspräsident	Bundesrichter Dr. Bock (Ia ZS u. Senat f. Patentanwaltssachen)
Dr. Fischer, Robert (II. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	
Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter Dr. Hußla (III. ZS)
Bundesrichter Johannsen (IV. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter Wüstenberg (IV. ZS)
Bundesrichter Dr. Mattern (V. ZS)	Bundesrichter Dr. Rothe (V. ZS)
Bundesrichter Dr. Hauß (VI. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter Hanebeck (VI. ZS)
Bundesrichter	Bundesrichter Dr. Vogt
Dr. Heimann-Trosien (VII. ZS)	(Senat f. Anwaltssachen, außerdem VII. ZS, Senat f. Notars. u. Senat f. Patentanwaltss.)
Bundesrichter Mormann (VIII. ZS u. Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichter Dr. Mezger (VIII. ZS)

Strafsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes): Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Dr. Heusinger

Stellvertretender

Vorsitzender (kraft Gesetzes): Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann

Mitglieder	Vertreter
Bundesrichter Fischer, Friedrich (1. StrS)	Senatspräsident Dr. Hübner (1. StrS)
Senatspräsident Dr. Baldus (2. StrS, Dienstgericht d. Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)	Bundesrichter Dr. Willms (2. StrS)
Bundesrichter Meyer, Gerd (2. StrS, Dienstgericht d. Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)	Bundesrichter Mai (1. StrS)
Bundesrichter Börtzler (Senat f. Anwaltssachen, 3. StrS, Senat f. Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltss.)	Senatspräsident Scharpenseel (3. StrS u. Dienstgericht d. Bundes)
Bundesrichter Dr. Dr. Spiegel (4. StrS)	Senatspräsident Dr. Rotberg (4. StrS)
Senatspräsident Prof. Dr. Sarstedt (5. StrS u. Dienstgericht d. Bundes)	Bundesrichterin Dr. Koffka (5. StrS)
Bundesrichter Schmitt, Rudolf (5. StrS)	Bundesrichter Hürxthal (4. StrS)
Bundesrichter Dr. Faller (KS u. Senat f. Anwaltssachen)	Bundesrichter Dr. Börker (5. StrS u. Dienstgericht d. Bundes)

IV. Kartellsenat

Präsident des Bundesgerichtshofes	Dr. Dr. Heusinger	
Bundesrichter	Dr. Löscher	(stellv. Vorsitzender, außerdem I a ZS)
Bundesrichter	Dr. Kuhn	(in erster Linie II. ZS, außerdem Dienstgericht d. Bundes)
Bundesrichter	Jungbluth	(außerdem I b ZS)
Bundesrichter	Hill	(außerdem V. ZS)
Bundesrichter	Offterdinger	(außerdem V. ZS)
Bundesrichter	Dr. Faller	(außerdem Senat f. Anwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Weber	(VIII. ZS)
Bundesrichter	Dr. Sprenkman	(außerdem I b ZS)

V. Dienstgericht des Bundes

Besetzung für die Zeit vom 1. Januar 1967 bis zum 31. Dezember 1971

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Baldus (2. StrS, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Stellvertreter des Vorsitzenden:	Senatspräsident Dr. Fischer, Robert (II. ZS) Senatspräsident Prof. Dr. Sarstedt (5. StrS) Senatspräsident Scharpenseel (3. StrS)
ständige Beisitzer:	Bundesrichter Meyer, Gerd (2. StrS, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen) Bundesrichter Mormann (VIII. ZS)

Vertreter der ständigen Beisitzer:

Bundesrichter Hußla (III. ZS)
Bundesrichter Schmitt, Rudolf (5. StrS)
Bundesrichter Dr. Hauß (VI. ZS)

nichtständige Beisitzer:

- Mitglieder des Bundesgerichtshofes:**
Beisitzer: Senatspräsident Dr. Augustin (V. ZS)
Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS)
Vertreter: Bundesrichter Johannsen (IV. ZS)
Bundesrichter Dr. Kuhn (II. ZS u. KS)
Bundesrichter Dr. Börker (5. StrS)
- Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts:**
Beisitzer: Senatspräsident Prof. Dr. Fürst
Bundesrichter Weber-Lortsch
Vertreter: Bundesrichter Hering
Bundesrichter Dr. Nehrlert
- Mitglieder des Bundesfinanzhofs:**
Beisitzer: Bundesrichter Barske
Bundesrichter Dr. Rahn
Vertreter: Bundesrichter Dr. Berger
Bundesrichter Dr. Ringleb
- Mitglieder des Bundesarbeitsgerichts:**
Beisitzer: Senatspräsident Prof. Dr. Stumpf
Bundesrichter Dr. Pecher
Vertreter: Senatspräsident Dr. Poelmann
Bundesrichter Wichmann
- Mitglieder des Bundessozialgerichts:**
Beisitzer: Bundesrichter Dr. Langkeit
Senatspräsident Dr. Hauelsen
Vertreter: Bundesrichter Dr. Neuhaus
Senatspräsident Penquitt
- Mitglieder des Bundesrechnungshofs:**
Beisitzer: Direktor b. Bundesrechnungshof Dr. Sina
Ministerialrat Dr. Schulze
Vertreter: Direktor b. Bundesrechnungshof Irmer
Ministerialrat Faber

VI. Senat für Notarsachen

(nachrichtlich)

Durch Beschluß des Präsidiums sind für die Zeit bis zum 31. März 1969 bestellt worden:

- zum Vorsitzenden: Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann (VII. ZS, außerdem Senat für Anwaltssachen u. Senat f. Patentanwaltssachen)
- zum Stellvertreter des Vorsitzenden: Senatspräsident Dr. Pagendarm (III. ZS)
- zu beisitzenden Mitgliedern des Bundesgerichtshofes: Bundesrichter Dr. Arndt (außerdem III. ZS u. Senat für Anwaltssachen)
Bundesrichter Dr. Spengler (in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem I a ZS u. Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter Börtzler (in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem 3. StS u. Senat f. Patentanwaltssachen)
- zu Vertretern: Bundesrichter Dr. Vogt (in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem VII. ZS und Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter Kirchhof (in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem 2. StS, Senat f. Patentanwaltssachen, Senat für WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-Sachen)

VII. Senat für Anwaltssachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes): Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Dr. Heusinger

Stellvertretender

Vorsitzender:

Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann
(VII. ZS, außerdem Senat für
Notarsachen u. Senat f. Patent-
anwaltssachen)

beisitzende Mitglieder
des Bundesgerichtshofes:

Bundesrichter Dr. Spengler
(außerdem Ia ZS, Senat f. No-
tarsachen u. Senat f. Patent-
anwaltssachen)

Bundesrichter Dr. Vogt
(außerdem VII. ZS, Senat für
Notarsachen u. Senat für Pa-
tentanwaltssachen)

Bundesrichter Kirchhof
(außerdem 2. StS, Senat für
Notarsachen, Senat f. Patent-
anwaltssachen, Senat für Wi-
Prüfers. u. Senat für Steuer-
ber.- u. Steuerbevollm.-sachen)

Bundesrichter Börtzler
(außerdem 3. StS, Senat f. No-
tarsachen u. Senat f. Patent-
anwaltssachen)

Vertreter:

Bundesrichter Dr. Arndt
(außerdem III. ZS u. Senat f.
Notarsachen)
Bundesrichter Dr. Faller
(in erster Linie KS)

VIII. Senat für Patentanwaltssachen

Vorsitzender:

Vizepräsident des Bundes-
gerichtshofes Glanzmann
(VII. ZS, außerdem Senat f.
Notarsachen u. Senat f. An-
waltssachen)

beisitzende Mitglieder
des Bundesgerichtshofes:

Bundesrichter Dr. Spengler
(stellv. Vorsitzender, in erster
Linie Senat f. Anwaltssachen,
außerdem Ia ZS u. Senat für
Notarsachen)

Bundesrichter Dr. Vogt
(in erster Linie Senat f. An-
waltssachen, außerdem VII. ZS
und Senat f. Notarsachen)

Bundesrichter Börtzler
(in erster Linie Senat f. An-
waltssachen, außerdem 3. StS
und Senat f. Notarsachen)

Vertreter:

Bundesrichter Dr. Bock (I a ZS)
Bundesrichter Kirchhof
(in erster Linie Senat f. An-
waltssachen, außerdem 2. StS,
Senat für Notarsachen, Senat
f. WiPrüfers., Senat f. Steuer-
berater- u. Steuerbevollmäch-
tigtensachen)

IX. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Vorsitzender:

Senatspräsident Dr. Baldus
(2. StS, außerdem Dienstgericht
des Bundes u. Senat f. Steuer-
berater- u. Steuerbevollmäch-
tigtensachen)

beisitzende Mitglieder
des Bundesgerichtshofes:

Bundesrichter Kirchhof
(stellv. Vorsitzender, in erster
Linie Senat f. Anwaltssachen,
außerdem 2. StS, Senat für
Notarsachen, Senat f. Patent-
anwaltssachen u. Senat für
Steuerber.- u. Steuerbevollm.-
sachen)

Bundesrichter Henning
(außerdem 2. StS u. Senat f.
Steuerberater- u. Steuerbe-
vollm.-sachen)

Vertreter:

Bundesrichter Dr. Müller
(außerdem 2. StS u. Senat f.
Steuerberater- u. Steuerbe-
vollm.-sachen)

Bundesrichter Meyer, Gerd
(außerdem 2. StS, Dienstge-
richt des Bundes u. Senat f.
Steuerberater- und Steuerbe-
vollmältigtensachen)

X. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmältigtensachen

Vorsitzender:

Senatspräsident Dr. Baldus
(2. StS, außerdem Dienstgericht
des Bundes und Senat für
Wirtschaftsprüfersachen)

beisitzende Mitglieder
des Bundesgerichtshofes:

Bundesrichter Kirchhof
(stellv. Vorsitzender, in erster
Linie Senat f. Anwaltssachen,
außerdem 2. StS, Senat für
Notarsachen, Senat für Patent-
anwaltssachen und Senat f.
Wirtschaftsprüfersachen)

Bundesrichter Henning
(außerdem 2. StS u. Senat für
Wirtschaftsprüfersachen)

Vertreter:

Bundesrichter Dr. Müller
(außerdem 2. StS u. Senat für
Wirtschaftsprüfersachen)

Bundesrichter Meyer, Gerd
(außerdem 2. StS, Dienstge-
richt des Bundes u. Senat f.
Wirtschaftsprüfersachen)

Vertretung und Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

I. Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung des Senates vor, dem der Richter in erster Linie zugeteilt ist. Die Anforderung der Großen Senate und des Dienstgerichts des Bundes geht allen anderen Anforderungen vor.

II. a) Vertretung in den Zivilsenaten

1. Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des Ia und des Ib Zivilsenats, des IV. und des V. Zivilsenats, des III. und des VI. Zivilsenats. Die Mitglieder des Kartellsenats werden von den Mitgliedern des Ib Zivilsenats vertreten, die Mitglieder des II. Zivilsenats von denen des VII. Zivilsenats, die Mitglieder des VII. Zivilsenats von denen des VIII. Zivilsenats, die Mitglieder des VIII. Zivilsenats von denen des II. Zivilsenats.

2. In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus alle anderen Senate in ihrer nummernmäßigen Reihenfolge, beginnend mit dem der Nummer nach folgenden Senat, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

b) Vertretung in den Strafsenaten

1. Die Mitglieder des 1. Strafsenats werden durch die des 2. Strafsenats, die Mitglieder des 2. durch die des 4. Strafsenats, die Mitglieder des 4. durch die des 1. Strafsenats vertreten.

2. Ständige Vertreter der Mitglieder des 3. Strafsenats sind:

Bundesrichter Dr. Pfeiffer	(1. Strafsenat)
Bundesrichter Mayr, Christian	(4. Strafsenat)
Bundesrichter Pikart	(1. Strafsenat)
Bundesrichter Hürxthal	(4. Strafsenat)

Soweit eine weitere Vertretung im 3. Strafsenat erforderlich wird, ist in der Reihenfolge dieser Vertretungsfälle jeweils ein anderes Mitglied der Strafsenate 1 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

3. Sind in einer Revisions-Strafsache, die zur Zuständigkeit des 3. Strafsenats gehört, so viele Mitglieder des Senats gemäß § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, daß der

Senat ohne Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäß besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zuständig.

4. Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenats ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäß der vorstehenden Vertretungsregelung einen nicht namentlich bezeichneten Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Bundesrichter in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Bundesrichter für ihn ein.

- d) Ist ein Mitglied der Großen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Großen Senats wahrzunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters derjenige Vertreter im Großen Senat für Zivilsachen oder Strafsachen, der jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

**Anhang
zum Geschäftsverteilungsplan**

A. Sitzungstage und Sitzungssäle

	Sitzungstage	Sitzungssäle
I a Zivilsenat	Dienstag (Hauptsitzungstag)	H 223
	Donnerstag	H 223
I b Zivilsenat	Freitag (Hauptsitzungstag)	H 223
	Mittwoch	H 223
II. Zivilsenat	Montag, Donnerstag	H 122
III. Zivilsenat	Montag, Donnerstag	W 411
IV. Zivilsenat	Mittwoch, Freitag	H 123
V. Zivilsenat	Dienstag, Freitag	H 222
VI. Zivilsenat	Dienstag, Freitag	W 511
VII. Zivilsenat	Montag, Donnerstag	H 222
VIII. Zivilsenat	Montag, Mittwoch	W 511
1. Strafsenat	Dienstag	W 411
	Donnerstag	H 123
2. Strafsenat (zugleich Senat für Wirtschaftsprüfersachen sowie Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten)	Montag	N 241
	Mittwoch	H 122
	Mittwoch (Revisionsverhandlungen)	W 411
4. Strafsenat	Mittwoch	H 222
	Freitag	W 411
5. Strafsenat	Dienstag, Freitag	Berlin
Kartellsenat	Donnerstag	H 223
Anwaltsenat	Montag	H 223
Notarsenat		
Patentanwaltsenat		

Ergänzend wird auf die seinerzeit allen Senatspräsidenten und Bundesrichtern zugeleitete Verfügung vom 11. Juli 1960 hingewiesen, in der die Senate gebeten worden waren, einzelne für jeden Senat angegebene Sitzungstage nach Möglichkeit wegfällen zu lassen.

**B. Geschäftsordnung
(Auszug)**

§ 3

Präsidium

Das Präsidium beschließt in den ihm durch das Gesetz oder durch diese Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet außerdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

§ 7

Sitzungen

(1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt außerordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.

(2) Die außerordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Großen Senate und der Vereinigten Großen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.

(3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

§ 8

Berichterstatler

(1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernannt der Vorsitzende des Senats einen Berichterstatler, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatler stellt spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weitere vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatler anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ersuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmten bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.

(2) Wird die Revision durch Beschluß erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatlers.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1 sind sinngemäß anzuwenden

1. bei Berufungen in Patentsachen,
2. bei Beschwerden, die gemäß § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäß § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,
4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatlers entschieden, jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.

§ 9

Große Senate

(1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG hat der Senat, der die Entscheidung eines Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluß festzustellen und mit diesem Beschluß auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senats abweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate.

(2) Der Vorsitzende des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate leitet den Beschluß und die Akten dem Generalbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.

(3) Es werden zwei Berichterstatler ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muß, der die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Großen Senate, so ist, wenn der erste Berichterstatler einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichterstatler ein Mitglied eines Strafsenats zu bestellen und umgekehrt.

(4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Generalbundesanwalts ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Generalbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.

(5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.

(6) Die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluß muß die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluß kann auch dahin lauten, daß die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.